
2.1 Moralische Aspekte neuer Partizipationsformen

Wutbürger, die sich gegen Atomtransporte, die digitale Überwachung durch die NSA und gegen den Bau eines Bahnhofs wehren, Aktivbürger, welche neue Partizipationsformen im Internet und in politischen Parteien wahrnehmen. Gibt es einen allgemeinen Trend zu einer Partizipationskultur? Trifft darüber hinaus die Analyse der gesellschaftlichen und politischen Situation im Deutungssystem einer „postdemokratischen“ Theorie zu: „Die Demokratie kann nur dann gedeihen, wenn die Masse der normalen Bürger wirklich die Gelegenheit hat, sich durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen – und wenn sie diese Gelegenheiten auch aktiv nutzt“ (Crouch 2008, S. 8). Politische Institutionen und die in diesen stattfindenden Willensbildungsprozesse werden in einer solchen Interpretation durch die „Subjektivierung“ der Politik ersetzt: „Die Demokratie ist, im Allgemeinen, die Weise der Subjektivierung der Politik – wenn man unter Politik etwas anderes versteht als die Organisation der Körper in der Gemeinschaft und die Verwaltung der Plätze, Macht und Funktionen“ (Rancière 2002, S. 108).

Wie auch immer die Bürgerrolle beschrieben wird, ob im Sinne einer solchen „postdemokratischen“, subjektivierten oder eher traditionellen Deutung im Rahmen der Partizipationsmöglichkeiten in der parlamentarischen Demokratie (vgl. Kap. 4; Kap. 5), die Bürger bilden ihr politisch-moralisches Urteil nicht zuletzt durch die Diskussion politischer Ereignisse aus, von denen sie sich betroffen fühlen und auf die sie reagieren.

Dabei zeichnen sich die öffentlichen politischen Diskurse, an denen die Bürger mithilfe der digitalen Medien immer intensiver teilnehmen können, einerseits durch die zunehmende Anzahl realer politischer Demonstrationsprozesse mit großer medialer Resonanz und Begleitung aus. Zu diesen eher traditionellen Formen gehören z. B. die Anti-Atomtod-Demonstrationen oder die Occupy-Bewegung.

Andererseits werden die Abstände zwischen den regelmäßig stattfindenden öffentlichen moralischen *Entrüstungswellen* (Sloterdijk) offensichtlich immer kürzer. Sie werden in medialen Diskussionsprozessen rezipiert, aber auch initiiert, verstärkt und publikumswirksam erweitert. Dies besonders in den fast täglich stattfindenden Talkshows.

Eine neue Qualität erhalten sowohl die traditionellen realen Demonstrations- als auch die medialen Diskussionsprozesse durch ihre Verknüpfung mit der Massenkommunikation im Internet.

Dadurch kann sich eine unübersehbare und nicht kalkulierbare Anzahl von Menschen für konkrete Aktionen verabreden, aber auch die in den Massenmedien ablaufenden Diskussionen der politischen und kulturellen Elite begleiten. Die politischen Handlungsträger reagieren auf Diskussionen in Facebook und in Blocks und versuchen, die entsprechenden Diskussionen zu beeinflussen. Insofern kann von einer neuen Qualität der Partizipation von jedermann an der politischen Diskussion gesprochen werden. Es zeigt sich, dass sich die Struktur der Öffentlichkeit fundamental ändert und „die Gestalt eines prinzipiell unbeschränkten, Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten aller Art eröffnenden Raumes“ (Zehnpfennig 2013, S. 36) annimmt. Bei diesem neuen „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ sind zwei gegenläufige kulturelle Wandlungsprozesse festzustellen. Einerseits entwickelt sich das Format einer neuen „Hierarchien-auflösenden Arena“ (ebd.) für einen partizipationsfähigen, aktiven Bürger. Gleichzeitig besteht andererseits die Tendenz der zunehmenden Abhängigkeit, und es ist die Frage zu stellen, „ob man Herr seines freien Willens ist“ (Schirrmacher 2009, S. 53). Mit der Zunahme der privaten „Entäußerung“ des Bürgers in der medialen Öffentlichkeit sind die Entpolitisierung und die Anfälligkeit für politische und ökonomische Manipulation verbunden. Die Gefahr für den neuen Bürger besteht darin, dass er die Basis seiner bürgerlichen Existenz, seine individuelle Freiheit (vgl. bes. Kap. 5.1.4), durch die Verflechtung von Privatheit und Öffentlichkeit selbst zerstört.

Sicher ist, dass im Kontext dieser kulturellen Wandlungsprozesse die Anforderungen an die moralische Kompetenz des Bürgers steigen.

Ein Beispiel für eine neue Qualität der Partizipation mit entsprechender moralischer Entrüstung, die im Interaktionssystem von betroffenen Bürgern, Medien und Politik stattfand, ist der *Bürgerprotest* gegen das Infrastrukturprojekt *Stuttgart 21*.

Bei dem Projekt handelt es sich um ein großangelegtes, regionales Bauprojekt, das unter anderem den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofes von einem Endbahnhof in einen Durchgangsbahnhof vorsieht. Die Planung liegt bei der Deutschen Bahn und wird von der Europäischen Union sowie von Bund und Ländern mitfinanziert. Erste Ansätze des Projekts liegen in den 1980er Jahren (vgl. Michel 2011). Die Unzufriedenheit der Bürger artikulierte sich aber erst 2007, als ein Bürgerbegehren

den Ausstieg aus dem Projekt forderte (vgl. Soldt 2010). Dieses Bürgerbegehren scheiterte. Zu einer Steigerung des Unmuts über das Projekt kam es vor Beginn der Bauarbeiten im Februar 2010 im Zusammenhang mit einem Gutachten über eine Kostensteigerung, welches vermeintlich von den politischen Entscheidungsträgern zurückgehalten worden war. Innerhalb kürzester Zeit mobilisierten sich tausende Bürger gegen den Beginn der Bauarbeiten. Es kam zunächst zu Sitzblockaden und Großdemonstrationen mit großer medialer Resonanz. Die verschiedenen Bürgergruppen verfolgten unterschiedliche Ziele. Zunächst ließ sich die Bahn nicht auf eine Unterbrechung der Bauarbeiten ein und zog dadurch wiederum den Frust der steigenden Zahl unzufriedener Bürger auf sich. Nach einem heftigen Polizeieinsatz gegen Demonstranten schien die Lage ausweglos. Um eine weitere Eskalation des Konflikts zu vermeiden, wurde ein Schlichtungsverfahren eröffnet, bei dem jeweils sieben Vertreter beider Meinungslager unter der Moderation von Heiner Geißler zusammenkamen. Neu dabei war, dass die Sitzungen öffentlich durchgeführt und live im Fernsehen übertragen wurden. Das Ziel der neuen Kommunikationsform in der medialen Öffentlichkeit lag darin, einen Kompromiss zu erwirken, der von beiden Seiten akzeptiert wird. Das Ergebnis bestand in einem Schlichterspruch, der sowohl die finanziellen und baulichen Maßnahmen als auch ökologische Gesichtspunkte umfasste (vgl. www.schlichtung-s21.de/39.html).

Bei den regelmäßig stattfindenden repräsentativen Umfragen fiel auf, dass vor der Schlichtung eine Mehrheit gegen Stuttgart 21 stimmte, sich dieses Meinungsbild aber nach der Schlichtung wendete. Nach der rechtlich nicht wirksamen Schlichtung erfolgte im November 2011 eine Volksabstimmung in Baden-Württemberg über Stuttgart 21. Das Ergebnis: 58,8 % stimmten gegen den Abbruch und 41,1 % für den Abbruch des Projekts (Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg 2011). Die Bauarbeiten wurden rasch wieder aufgenommen.

Auch wenn dieser politische Prozess hier nicht in seiner Komplexität umfassend beschrieben werden kann (vgl. Kap. 5.2.1 zur Analyse komplexer politischer Situationen), so ermöglichen die Informationen doch grundsätzliche Einsichten in die moralischen Aspekte der Partizipation in politischen Interaktionen.

Erstens darf eine große Bandbreite emotionaler, in der Alltagsinteraktion begründeter moralischer Entrüstung der Betroffenen angenommen werden (vgl. Habermas 1983, S. 55ff., besonders die Diskussion der Theorie von Peter Frederick Strawson). Sie reicht vom Gefühl der Kränkung, die in diesem Fall mit der Umgestaltung des konkreten Lebensraums verbunden ist (Umgestaltung, Teilrodung des Stadtwalds), über die Ablehnung der konkreten politischen Entscheidung aus rationalen Gründen (Kosten und Effektivität des neuen Bahnhofs) unter Gesichtspunkten der Zweck-Mittel-Relation. In diesem Fall bezieht sich die moralische Entrüstung zum Beispiel auf die Verschwendung der von den Bürgern aufgebrauchten Steuermittel, die

für andere, nach ihrer Meinung wichtigere kommunale Projekte hätten verwendet werden sollen. Die moralische Entrüstung eines Teils der Demonstranten ist darüber hinaus in einer grundsätzlichen Ablehnung der Legitimation demokratischer Institutionen, solche Entscheidungen treffen zu können, begründet.

Zweitens wird deutlich, dass die aus Alltagsinteraktionen entstandene moralische Entrüstung zwar emotionale Gründe hat, jedoch nur durch einen der Interaktion zugrunde liegenden normativen Bezugspunkt, eine von den jeweiligen Interaktionspartnern für gültig gehaltene Ordnungsvorstellung rational begründbar ist.

Drittens zeigt das Beispiel einen wichtigen Aspekt der Partizipation, welche sich als Reaktion auf eine als empörendes Unrecht empfundene politische Entscheidung versteht: Ein Schlichtungsverfahren als zusätzlicher Kommunikationsprozess kann im Rahmen des demokratischen Institutionensystems als „Wiedergutmachung“ und Befriedung verstanden werden.

Damit wird deutlich, dass es bei Partizipationsforderungen unter moralischen Gesichtspunkten nicht nur um eine bestimmte Form der Einbeziehung der Bürgerinteressen in den politischen Entscheidungsprozess geht, sondern darüber hinaus um die friedensstiftende Funktion bestimmter Kommunikations- und Entscheidungsprozesse im Sinne der „Wiedergutmachung“.

Andererseits wird aber auch die Funktion des traditionellen Elements der direkten Demokratie – des Volksentscheids im Rahmen der repräsentativen Demokratie – sichtbar. Da nicht alle betroffenen Bürger denselben emotionalen Bezug zu dem Gegenstand haben und darüber hinaus unterschiedliche Interessen (schnellere Zugverbindungen, günstiger Anschlussbahnhöfe etc.) berücksichtigt werden müssen, ist ein Interessenausgleich notwendig, der in einem Volksentscheid zum Ausdruck kommen kann, aber auch von gewählten Repräsentanten unter überregionalen Gesichtspunkten durchgeführt werden muss.

Ein Beispiel für die Entrüstung über politische und ökonomische Strukturen und damit für die Fundamentalkritik an der Legitimation von Entscheidungsprozessen, ist die *Occupy-Bewegung*. Die moralische Entrüstung ihrer Mitglieder bei dieser Form der Partizipation bezieht sich auf die grundsätzliche Legitimation des Weltwirtschaftssystems (vgl. Kap. 5.3.4). Die Bewegung protestiert gegen Kapitalismus und Finanzmärkte und begründet ihre Aktionen durch die ökonomische Ungerechtigkeit in der Welt. Ihren Ursprung hat sie in der Zeitschrift *Adbusters*, die zu Besetzungen und Aktionen im Zuccotti-Park, New York, aufrief (vgl. Warda 2011).

Mit dem Motto „We are the 99 percent!“ zeigten die Aktivisten die Überzeugung, dass sich nun die 99 % der Menschen gegen 1 % der Superreichen auflehnt. Bald weitete sich die Bewegung zunächst über die USA aus. Weltweit fanden im Anschluss ähnliche Aktionen statt, in Deutschland z. B. durch die Blockupy Frankfurt.

Das Internet, besonders die sozialen Netzwerke, spielen für die Ankündigung und Organisation der Aktionen eine wichtige Rolle. In kurzer Zeit können beispielsweise über Facebook oder Twitter tausende Menschen zu Protesten mobilisiert werden (vgl. Gamperl 2013).

Unabhängig vom Bürgerprotest über konkrete politische Maßnahmen, aber durchaus als Reaktion auf die in ihnen sichtbar werdenden Forderungen nach verstärkter Integration von Bürgerinteressen in den politischen Prozess werden auch traditionelle Formen des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses in den Strukturen der repräsentativen Demokratie durch Berücksichtigung neuer Elemente der Partizipation modifiziert. Dies war im Anschluss an die Bundestagswahl 2013 der Fall. Nachdem das Wahlergebnis keine rot-grüne Koalition ermöglicht hatte und sich der Wahlsieger, die CDU/CSU, mit der SPD auf Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer Großen Koalition geeinigt hatte, entschied die Parteispitze der SPD auf Vorschlag des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, die Zustimmung zum *Koalitionsvertrag von einem Mitgliederentscheid abhängig* zu machen. Dreiviertel der SPD-Mitglieder stimmten im Anschluss für den neuen Koalitionsvertrag. Nach verlorener Wahl wirkte diese Abstimmung unter den SPD-Mitgliedern durch die geschickte mediale Vermittlung wie ein Wahlsieg (vgl. Die Zeit 2013a). Durch den Erfolg erwies sich die Verbindung von Mitgliederentscheid und Koalitionsverhandlungen als eine strategisch interessante und wichtige Vorgehensweise (vgl. Jacobsen 2013). Somit konnten einerseits die Mitglieder über die „unerwünschte Koalition“ mitbestimmen, andererseits hatte die SPD-Spitze ein Druckmittel gegen die Koalitionspartner, indem sie darauf hinwies, dass die SPD-Basis bestimmte Vorstellungen nicht akzeptieren werde. So setzte die SPD als kleinerer Koalitionspartner zentrale programmatische Forderungen, wie den gesetzlichen Mindestlohn und die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren, durch.

Rechtliche und demokratietheoretische Bedenken gibt es in Bezug auf das freie Abgeordnetenmandat: Sollen sich die Abgeordneten der SPD, die nach Art. 38 GG in allgemeiner, freier, gleicher und geheimer Wahl als Vertreter des ganzen Volkes (und nicht nur von SPD-Mitgliedern und für diese) gewählt wurden und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sind, bei der Wahl des Bundeskanzlers an der „Basisentscheidung“ orientieren? Ist die (eher räterepublikanische) Partizipationsform mit der repräsentativen Demokratie vereinbar?

Die geschilderten Kommunikationsabläufe, welche das Bild eines „*neuen Bürgers im 21. Jahrhundert*“ in Erscheinung treten lassen, sind zentrale Analysegegenstände der politischen Ethik. Werden doch die Beurteilungen der jeweiligen politischen Prozesse sowohl von den Bürgern, die aus unterschiedlichen Gründen eine erhöhte Partizipation fordern, als auch von den Kommunikationsteilnehmern in Politik

und Medien, nicht zuletzt von den Bürgern, welche „nur“ eine Zuschauerrolle einnehmen, mit *moralischen Kategorien* vorgenommenen.

Gleichzeitig zeigen die neuen Formen der Partizipation und deren Beurteilungen die unmittelbare Verbindung zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, weil in diesen öffentlichen Diskussionen das politische Bewusstsein der Bürger geprägt wird. Sie entwickeln ihre Einstellungen zur politischen Ordnung und ihr Deutungs- und Ordnungswissen, gleichgültig, ob sie die entsprechenden politischen Prozesse positiv oder negativ beurteilen (vgl. Kap. 4.2).

Nicht zuletzt besteht der Zusammenhang mit der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland darin, dass neue politische Kommunikations- und Interaktionsformen einen politischen Wandel bewirken (Kap. 4.2).

2.2 Typen moralischer Entrüstungswellen

Die medialen politischen Diskussions- und moralischen Empörungs- und Entrüstungswellen gruppieren sich besonders um die folgenden fünf Erscheinungstypen.

Der *erste Erscheinungstyp* besteht in der zunehmenden Moralisierung von politischen Prozessen. So sind sachpolitische Diskussionen im Rahmen der Meinungs- und Willensbildungsprozesse – Ankündigungen, Vorbereitungen, parlamentarische Diskussionen und politische Entscheidungen in Form von Gesetzen – in unterschiedlicher Intensität in einen öffentlichen moralischen Diskurs eingebunden.

Im Mittelpunkt dieses Diskurses stehen dabei nicht nur der kontrovers zu behandelnde Sachgegenstand, sondern die für die entsprechenden politischen Lösungen eintretenden Personen und deren Motive. Um besonders starke Kontroversen handelt es sich meist in denjenigen Fällen, in denen unterschiedliche Lebensentwürfe und Rituale der Alltagskultur zur Disposition stehen, wie bei dem Kommunikationsprozess um das *Betreuungsgeld*. Es handelt sich bei dieser von CDU und CSU geforderten und in der großen Koalition 2014 umgesetzten Maßnahme um eine staatliche Sozialleistung, welche diejenigen Eltern unterstützen soll, die keine staatliche Betreuung in Kindertagesstätten für ihre Kinder in Anspruch nehmen, weshalb die politischen Gegner die Maßnahme auch mit dem pejorativen Titel „Herdprämie“ belegten. In dieser Bezeichnung, die 2007 von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Unwort des Jahres gekürt wurde (vgl. Gemeinschaft für deutsche Sprache 2013), spiegelt sich das moralische Diskussionspotential wider. Die für das Betreuungsgeld veranschlagten 100 Euro pro Kind, so argumentieren die Kritiker, seien nicht nur für viele Mütter zu wenig, um zuhause zu bleiben, vielmehr unterstütze es besonders die Eltern, die es sich sowieso leisten können,

zu Hause zu bleiben (vgl. Heidenreich 2013). Zudem wird den Frauen, die sich für dieses Lebensmodell entscheiden, vorgeworfen, nicht „emanzipiert“ zu sein. Die Regelung erfülle lediglich den Zweck, das konservative Profil besonders der CSU zu stärken (vgl. Gavert 2013). Umgekehrt werden die Eltern, welche ihre Kinder schon im ersten Lebensjahr in die Kita geben, beschuldigt, sich nicht um ihre Kinder kümmern zu wollen, ohne dass die weitergehenden pädagogischen und sozialen Motive zur Diskussion gestellt werden.

Ein anderes Beispiel für die Betonung der moralischen Dimension eines sachpolitischen Problems ist im Zusammenhang mit der *Integrationsdebatte* zu sehen, wenn diese schwerpunktmäßig unter der Frage diskutiert wird: „Gehört der Islam zu Deutschland?“ Dann stehen nicht so sehr die vielfältigen Aufgaben der Integration der wachsenden Bevölkerungsanteile mit Migrationshintergrund im Mittelpunkt, also politische Herausforderungen, die angesichts der Pluralisierung der Lebensformen und Werthaltungen sowie der ökonomischen Chancenungleichheit bei verstärktem technologischen Wandel (Wolfrum 2007, S. 390ff.) unter ihren vielfältigen Gesichtspunkten diskutiert und politisch gelöst werden müssen.

Typisch für die moralischen Aspekte dieser Diskussion, die erneut von dem ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff anlässlich seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit angestoßen wurde (vgl. Wulff 2010), ist sodann das bewusste „Aneinander-Vorbeireden“ und die Emotionalisierung der Diskussion. Behaupten die einen, dass die „verfassungsmäßige Ordnung des Grundgesetzes“ keine Bezüge zum Islam hätte und somit der Islam nicht zu der Werteorientierung und zur Identität Deutschlands gehöre, so weisen die anderen Diskussionsteilnehmer auf die große Zahl muslimischer Mitbürger in Deutschland hin und sehen in der ersten Argumentation eine Provokation im Hinblick auf den notwendigen Integrationsprozess und das friedliche Zusammenleben der Angehörigen unterschiedlicher Kulturen in Deutschland.

Ohne an dieser Stelle die jeweiligen Argumente weiterverfolgen und analysieren zu wollen, wird schon zweierlei deutlich:

Erstens gehört es zu den Aufgaben der politischen Ethik, die geistesgeschichtlichen und philosophischen Bezüge der für die politische Ordnung und für das politische Handeln in der demokratischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland verbindlichen Werte herauszustellen.

Dabei handelt es sich um die kollektive Ebene der politischen Ordnung und der politischen Kultur.

Zweitens wird zu untersuchen sein, nach welchen Wertorientierungen das Handeln der Menschen in ihrer Alltagswelt ausgerichtet ist. Sind die Wertorientierungen identisch mit denjenigen der politischen Ordnung? In welcher Weise können sie sich von dieser unterscheiden?

So besteht kein Zweifel, dass in der demokratischen politischen Kultur einer pluralen, offenen Gesellschaft die im Islam begründete ethische Orientierung von Individuen Teil der Alltagskultur vieler Menschen ist. Insofern gehört unter dem Gesichtspunkt der Alltagskultur der Islam zu Deutschland genauso wie das Judentum und das Christentum oder atheistische Orientierungen in ihren unterschiedlichen Ausdifferenzierungen. Allerdings wird es schwerfallen, in der Begründung des Wertesystems für das Grundgesetz islamische Bezüge festzustellen, hingegen leicht, christliche und jüdische Traditionen zu erkennen (vgl. Kap. 4.1; Kap. 5.1).

Wenn sodann dieser politisch-moralische Diskurs mit der *Identität der Deutschen* in Verbindung gebracht wird, stellt sich die Frage, ob allein die Begründung für das Grundgesetz oder nicht zusätzlich die Akzeptanz der vielfältigen ethischen Begründungen für die allgemein akzeptierten Werte in der demokratischen politischen Kultur zur Identität der Deutschen im 21. Jahrhundert gehört (vgl. Kap. 5.1).

Der *zweite Erscheinungstyp politisch-moralischer Entrüstungswellen* besteht in der direkten Teilnahme von Politikern am moralischen Diskurs, wie zum Beispiel im Falle der *Kritik der Bundeskanzlerin Merkel am damaligen Papst Benedikt XVI.* Hintergrund dieser Debatte war die Rehabilitierung des der „traditionalistischen Priesterbruderschaft Pius X“ zugehörigen Bischofs Richard Williamson durch den Papst. Williamson hatte den Holocaust zuvor unmissverständlich geleugnet. Merkel forderte den Papst dazu auf, eine Leugnung des Holocausts zu untersagen und einen positiven Umgang mit den Juden zu betonen (vgl. Müller-Meiningen und Braun 2010).

Dies löste besonders innerhalb der CDU eine Debatte aus, in deren Zentrum die Frage stand, ob Merkel in ihrer Funktion als Bundeskanzlerin den Papst, der offensichtlich die genauen Vorgänge um Williamson nicht kannte, öffentlich kritisieren dürfe (vgl. Die Welt 2009) und sich somit als „moralische Autorität“ überhöhe.

Ein weiteres Beispiel verdeutlicht die Verbindung der politisch-moralischen Diskussion mit den politischen Interessen und der Rezeption der Diskussion in den Medien. Die Äußerung der Politikerin der Linkspartei, *Gesine Löttsch*: „Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung“ (Junge Welt 2011) haben ebenfalls eine ethische Dimension und sind mit der Funktion politischer Sprache zu erfassen (vgl. Kap. 4.2).

Denn die bewusste Verwendung des Begriffs „Kommunismus“ und nicht etwa des „demokratischen Sozialismus“ zielt auf den Zusammenhang zwischen der Vergangenheits- und Zukunftsdimension politischen Deutungs- und Ordnungswissens. Politisches Zukunftswissen umfasst danach auch utopisches Wissen, welches eine „bessere“ moralische Qualität für sich beansprucht. Es handelt sich hierbei

um Deutungen, welche bestehende, nicht mit den gedachten Vorstellungen von einer „gerechten Gesellschaft“ übereinstimmende Zustände überwinden möchten.

Die parteipolitisch motivierte Kalkulation der Äußerung bestand wohl darin, das Symbol „Kommunismus“, besonders bei Jugendlichen, von Assoziationen stalinistischer Verbrechen und von den negativen Erfahrungen mit der DDR-Diktatur zu befreien und wieder mit dem Glanz „der totalen Freiheit“ zu verbinden. Wenn es gelänge, wäre dies eine Chance für die Linkspartei, zunehmend auch neue Anhänger bei der Jugend, besonders auch bei der akademischen Jugend zu gewinnen.

Das Sprachsymbol „Kommunismus“ wird auch eingesetzt, um bei der älteren Anhängerschaft deren Glauben an die Utopie zu stärken und die Einstellung von Anhängern der Linkspartei, „dass ja nicht alles falsch gewesen sein kann, für das man gekämpft hat“, in den politisch-moralischen Diskurs aufzunehmen.

Aus der Untersuchung politisch-moralisch geprägter Diskurse kann die Erkenntnis gewonnen werden, dass politische Sprachsymbole, welche eine Wertorientierung und moralische Sinninterpretationen enthalten, Scharniere zwischen politischen Programmen und Weltinterpretationen der Elite und dem Bewusstsein der Bürger bilden. Sie müssen auf ihren Interessen- und Machtanspruch hin untersucht werden. Mit den in den Sprachsymbolen enthaltenen Deutungen können Politiker, aber auch Journalisten und Schriftsteller sowie Verbandsvertreter die „Bewusstseinslage“ für die Verfolgung politischer Ziele schaffen (vgl. Kap. 4.2, bes. Kap. 4.2.7).

Der *dritte Erscheinungstyp* politisch-moralischer Entrüstungswellen bezieht sich auf das *moralische Verhalten von Politikern in ihrem Wahlamt*.

Ein Beispiel für eine solche öffentliche moralische Diskussion ist die um den *ehemaligen Bundespräsidenten Wulff*, welche schon kurz nach seinem Amtsantritt als Bundespräsident im Dezember 2011 begann.

Die Diskussion bezog sich auf seine frühere Tätigkeit als Ministerpräsident von Niedersachsen. Ihm wurde vorgeworfen, er habe sein Haus mit Krediten des Ehepaars Geerkens finanziert, obwohl er im Landtag geschäftliche Beziehungen zum Unternehmer Egon Geerkens verneint hatte. Die Bild-Zeitung stellte diese Aussage als Lüge dar, denn Wulff erhielt von Geerkens Ehefrau einen Kredit über 500 000 Euro.

Nachdem zusätzlich der Verdacht aufgeworfen wurde, dass Wulff sich in seiner Zeit als Ministerpräsident Niedersachsens eine Sylt-Reise durch den Filmproduzenten David Groenewold bezahlen ließ, beantragte die Staatsanwaltschaft Niedersachsen am 16. Februar 2012 die Aufhebung der Immunität Wulffs.

In der Folge dieser Debatte um die Glaubwürdigkeit seiner Person trat Wulff am 17. Februar 2012 vom Amt des Bundespräsidenten zurück (vgl. Die Zeit 2012 und Peel 2012). Wulff wurde am 7. Mai 2014 von dem Vorwurf der Vorteilsnahme freigesprochen. Die moralische Dimension dieser in der Geschichte der Bundes-

republik einmaligen medialen und juristischen Auseinandersetzung um einen Bundespräsidenten besteht darin, dass Christian Wulff nicht an den konkreten Vorwürfen, sondern am Umgang mit ihnen scheiterte. Nicht zuletzt wegen der Veröffentlichung von Drohungen gegenüber dem Chefredakteur der Bild-Zeitung wurde die Diskrepanz zwischen dem Handeln des Bundespräsidenten und den Erwartungen der Medien bzw. auch eines großen Teils der Bürger an den politischen Stil des höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik deutlich. Wulff selbst schrieb sein Scheitern der „Hatz“ und der „Stimmungsmache“ der Medien (Wulff 2014, S. 205; S. 213) und den Vorurteilen der Staatsanwaltschaft Hannover zu (ebd., S. 225f.).

Weitere Beispiele für moralische Entrüstungswellen über das Handeln von Politikern in ihrem Amt sind die *Affären im Zusammenhang mit Parteispenden*. Der ehemalige Bundeskanzler Kohl musste sich vor Gericht gegen den Vorwurf verantworten (vgl. Deggerich 2001), als Parteivorsitzender für die CDU Spenden in Millionenhöhe entgegengenommen und nicht nach dem Parteispendengesetz angezeigt zu haben. Die Namen der Spender gab Kohl nie bekannt.

Auch zuvor gab es ähnliche Fälle. So wurde 1981 unter anderen Otto Graf Lambsdorff, der damalige Wirtschaftsminister, in der sogenannten „Flick-Affäre“ angeklagt, weil er dem Flick-Konzern dabei half, Steuern zu hinterziehen, und Geld von diesem für die FDP entgegennahm (vgl. Langels 2009).

Der *vierte Erscheinungstyp politisch-moralischer Entrüstungswellen* bezieht sich auf das Verhalten von Vertretern in der Wirtschaft.

Dies wird von den Bürgern zunächst deshalb dem allgemeinen Verhalten der politischen Elite zugerechnet, weil sich das politische System der Bundesrepublik Deutschland auf verschiedenen Ebenen durch eine Verzahnung zwischen dem engeren Bereich der Politik, in dem die politischen Prozesse und politischen –allgemeinverbindlichen – Entscheidungen ablaufen, und Teilen des Wirtschaftssystem besteht. Zwar ist diese Verbindung bei Weitem nicht so eng wie in anderen Ländern, z. B. in Frankreich, doch gibt es in Deutschland auch strukturelle Verknüpfungen. So z. B. auf der Landesebene zwischen den Landesbanken und den Länderregierungen, denn Landesminister sind gleichzeitig im Aufsichtsrat der Landesbanken tätig. Misswirtschaft in den Landesbanken als ein Aspekt der Bankenkrise wird von den Bürgern unmittelbar als politisches Versagen interpretiert. Ähnliches gilt z. B. für die enge Verflechtung zwischen dem VW-Konzern und der niedersächsischen Landesregierung, welche in dem historisch bedingten VW-Gesetz verankert ist. In anderen Bereichen bestehen ohne strukturelle Verknüpfungen offensichtlich enge personelle Verbindungen: Ehemalige Minister und enge Mitarbeiter des politischen Führungspersonals übernehmen Aufgaben in der Energiewirtschaft, der Automobilindustrie oder in Banken, weshalb der Verdacht der moralisch zu verurteilenden Vorteilsnahme entsteht.

Der neue Bürger

Politische Ethik, politische Bildung und politische Kultur

Deichmann, C.

2015, X, 176 S. 2 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-01387-5